

Härteres Vorgehen bei sexuellem Missbrauch von Kindern

Der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring hat NRW-Innenminister Herbert Reul für seinen konsequenten Einsatz gegen Kindesmissbrauch und sein Bemühen um ein schärferes juristisches Vorgehen gedankt. „Wir sind uns einig: Diese Delikte sind als schwerstkriminell zu behandeln“, so Möring.

„Ich bin sehr froh, dass unsere Forderung nach einer Strafverschärfung nun auch beim Koalitionspartner in Berlin Unterstützung findet“. Er sei zuversichtlich über eine baldige Einigung. Das parlamentarische Verfahren solle rasch vorankommen, so Möring. Die SPD-Justizministerin hatte es zunächst abgelehnt, die Strafen zu verschärfen. Sie gab aber letztlich dem Druck aus der Union nach. Gut so!

„Europa widerstandsfähiger machen“

Mitten in der Corona-Krise wird Deutschland Verantwortung für die Europäische Union übernehmen: Am 1. Juli übernimmt Deutschland die Ratspräsidentschaft. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel will den deutschen Vorsitz nutzen, um Europa gestärkt aus der Corona-Krise zu führen. Die Europäische Union stehe vor der größten Herausforderung ihrer Geschichte, sagte die CDU-Politikerin bei ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag.



Stärker und geeinter: Angela Merkel will Europa aus der Corona-Krise führen. In einer Regierungserklärung hat die Kanzlerin ihre Ziele skizziert. (Foto: Bundesregierung)

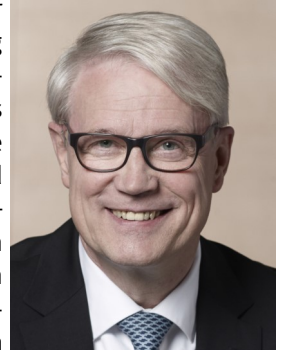
„Die Pandemie zeigt uns: Unser Europa ist verwundbar“, stellte die Kanzlerin fest. Deshalb seien Zusammenhalt und Solidarität noch nie so wichtig gewesen wie heute. „Gemeinsam Europa wieder stark machen, das genau ist das Motto der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.“ Europa müsse die Krise nutzen, um wichtige Reformen voranzubringen und die Wirtschaft nachhaltig, klimafreundlich und digital zu machen. Die Antwort auf Corona dürfe keine Rückkehr zur Vergangenheit sein, „sondern sie muss den Wandel in ein neues Arbeiten und Wirtschaften stärken und beschleunigen“. Um aus der Krise zu kommen, will die EU einen Wiederaufbaufonds schaffen, aus dem die von der Corona-Pandemie am stärksten betroffenen Mitgliedsländer unterstützt werden. Dieser Fonds sei „ein dringendes Gebot der Stunde“, sagte die

Kanzlerin. Wenn sich dauerhaft ein Spalt durch Europa ziehe, stärke das die antidemokratischen Kräfte, die nur auf ökonomische Krisen lauerten, um diese politisch zu missbrauchen.

„Wir werden darauf achten, dass die Gelder angemessen und zielgenau ausgegeben werden“, so Möring. Er erinnerte daran, dass die Schulden zurückgezahlt werden müssten und nicht auf kommende Generationen verlagert werden dürften. Möring unterstützt Unions-Fraktionschef Brinkhaus, der für den Bundestag das Recht forderte, das europäische Projekt mitzugestalten. „Wir sind als Abgeordnete nicht nur Botschafter der Beschlüsse, sondern fester Bestandteil des Gestaltungsprozesses“.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

Mittwoch war ein guter Tag für alle Diesel-Besitzer! Das Land NRW, die Stadt Köln und die Deutsche Umwelthilfe haben sich in einem außergerichtlichen Vergleich

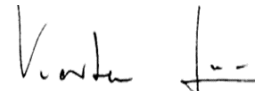


geeinigt. Ein früheres Gerichtsurteil hatte für Köln flächendeckende Fahrverbote vorgeschrieben, weil an einigen Messstellen immer wieder der EU-Jahresgrenzwert von 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter überschritten wurde. Ein flächendeckendes Fahrverbot auf Kölner Straßen ist damit endgültig vom Tisch.

Dafür habe auch ich lange gekämpft! Zum einen galt es, Zeit für den Trend zu immer niedrigeren Werten durch die Fahrzeugerneuerung zu nutzen, zum anderen haben wir mit massiven Zuschüssen des Bundes die Umrüstung der städtischen Fahrzeuge, der KVB-Busse und der Müllabfuhr auf schadstofffreie oder -arme Antriebe vorangetrieben.

Um auch an den letzten Schadstoffhotspots die Grenzwerte zu erreichen und die Kölner Luft weiterhin sauberer zu machen, sieht der Vergleich ein Maßnahmenpaket vor, das den Autoverkehr auch ohne Verbote reduzieren soll.

Insgesamt ist das eine gute Nachricht für Bewohner, Berufspendler und Handwerksbetriebe, kurz: für alle, die auf das Auto angewiesen sind. Jetzt muss Köln am Ball bleiben, damit die Schadstoffbelastung weiter sinkt und die Grenzwerte langfristig eingehalten werden. Ich kann deshalb erneut sagen: „Versprochen, gehalten, Ziel erkannt, wird erreicht.“

Ihr

 Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Neue Corona-Warn-App des Bundes verfügbar



CDU-MdB Karsten Möring nutzt eine Ausschusspause, um die Corona-Warn-App der Bundesregierung auf seinem Smartphone zu installieren. In den ersten Tagen haben bereits 10 Millionen Menschen die App heruntergeladen. Sie ist in den App-Stores von Google und Apple verfügbar, funktioniert leider nicht mit älteren Mobiltelefonen. Die Anwendung benachrichtigt Nutzer, wenn sie sich in der Nähe von infizierten Personen aufgehalten haben. So sollen Infektionsketten besser nachverfolgt und schneller unterbrochen werden können. Die App ist besonders wirksam, wenn viele Menschen sie installieren. Bitte machen Sie mit! Nähere Informationen gibt es [hier](#).

Nachtragshaushalt des Bundes für 2020 beraten

Der Bundestag hat diese Woche in erster Lesung einen zweiten Nachtragshaushalt in Höhe von 103 Milliarden Euro beraten, mit dem das Konjunktur- und Zukunftsprogramm finanziert werden soll, 62,5 Milliarden davon sind neue Kredite. Zum Programm gehören zahlreiche Maßnahmen wie eine befristete Absenkung der Mehrwertsteuer und ein Bonus zum Kindergeld in Höhe von 300 Euro pro Kind, beides zusammen im Gesamtumfang von 24 Milliarden Euro. Für Überbrückungshilfen zur Sicherung der Existenz von kleinen und mittelständischen Unternehmen werden 25 Milliarden Euro bereitgestellt.

Der Bund stärkt die Finanzkraft von Ländern und Kommunen mit rund 14,5 Milliarden Euro beim Ausgleich von Gewerbesteuererrückgängen, für den ÖPNV, die Kita- und Ganztagsbetreuung und durch eine Erhöhung seiner Beteiligung an den Kosten der Unterkunft in der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Über 50 Milliarden Euro fließen in Programme zur Zukunftssicherung. Eine Übersicht über die wesentlichen Teile des Nachtragshaushalts gibt es [hier](#).

Bundestag beschließt Gebäudeenergiegesetz

Das am Donnerstag beschlossene Gebäudeenergiegesetz fasst die bisherige Energie-Einsparverordnung und das Erneuerbare Energie-Wärmegezet zusammen. „Damit ist es ein wichtiger energie- und wohnpolitischer Meilenstein. Mit dem Gesetz wird ein einheitliches Regelwerk für Gebäudeenergieeffizienz und die Nutzung von Wärme aus erneuerbaren Energien geschaffen“, so MdB Karsten Möring.

„Uns ist es im parlamentarischen Verfahren gelungen, das Gesetz in wichtigen Punkten zu verbessern. So stärken wir den Dreiklang aus Energieeffizienz, Klimaschutz und Bezahlbarkeit. Insbesondere die Nutzungsmöglichkeiten von Photovoltaik und Biomethan und andere innovative Ansätze werden verbessert. Außerdem kommt es weder beim Neubau noch beim Gebäudebestand zu Verschärfungen des Anforderungsprofils. Dafür hat die Union gesorgt“, so Möring, Mitglied im Bundestagsbauausschuss.

Union nimmt Polizei vor Rassismusrwürfen in Schutz

Bei einem Blitzbesuch von Mitgliedern der Unionsfraktion unter Leitung von Fraktionschef Ralph Brinkhaus informierten sich am Mittwoch Abgeordnete bei der Bundespolizei im Berliner Hauptbahnhof über Arbeitsweise und Alltag der Beamten. Durch die aktuellen Ereignisse in den USA war das Thema Rassismus im Zusammenhang mit Polizeigewalt auch in Deutschland in den Fokus gerückt. Es bestehe kein Zweifel an der Integrität der Männer und Frauen, die jeden Tag den Kopf für unsere Sicherheit hinhalten, so Brinkhaus. Vorwürfe, in der Bundespolizei und den anderen Sicherheitsbehörden gäbe es einen „latenten Rassismus“, wies er entschieden zurück. Solche Pauschalurteile seien nicht nur unfair, sondern auch vollkommen kontraproduktiv. Einzelfälle müssten selbstverständlich untersucht und geahndet werden, und gesellschaftlich müsse man das Thema Rassismus sehr wohl ernst nehmen.

„Wir stehen voll und ganz hinter den Sicherheitsbehörden. Die Situation in den USA ist mit der in Deutschland überhaupt nicht vergleichbar“, betont MdB Karsten Möring. Das fange schon bei der Ausbildung an, die in Deutschland mehrere Jahre dauere, in den USA aber weniger als ein Jahr. Unsere Beamten werden zudem ständig weitergebildet. „Auch in Köln haben wir sehr gut geschulte Polizistinnen und Polizisten der Bundespolizei“, so Möring. „Davon konnte ich mich bereits bei früheren Besuchen überzeugen. Sie schützen uns Tag für Tag mit hohem persönlichem Einsatz. Wir sind dankbar, dass wir uns jederzeit auf sie verlassen können.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 56 der 19. Wahlperiode
20. Juni 2020
Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter

